

# Mainzer Bundestags-Direktkandidaten beantworten KoMa-Fragen zum Mainzer Kohlekraftwerk, September 2009

	 <p>Ute Granold, MdB</p> 	 <p>Michael Hartmann, MdB</p> 	 <p>Tabea Rößner</p> 	 <p>Prof. Dr. Felix Leinen</p> 
<p><b>Unterstützen Sie die Pläne zum Bau eines Kohlekraftwerkes in Mainz?</b></p>	<p>Nein.</p>	<p>Nein. Die Pläne sind nicht länger haltbar, denn es gibt keine Finanzierung dafür. Bei den Kommunalwahlen am 07. Juni haben außerdem zahlreiche Mainzerinnen und Mainzer mit dem Stimmzettel gegen den Kraftwerksbau gestimmt. Als Demokrat nehme ich dieses Votum ernst. Generell ist der Bau von Kohlekraftwerken kritisch zu bewerten. Im Interesse des Klimaschutzes wie der Gesundheit können sie</p>	<p>Nein. Ich kämpfe seit dem Bekanntwerden der Pläne vehement dagegen!</p>	<p>Nein. Die ödp hat sich vor Ort von Anfang an massiv gegen den Bau des Mainzer Kohlekraftwerkes engagiert.</p> <p>Dies ist eine Konsequenz aus unserem Bundespolitischen Programm, das einen sofortigen Atomausstieg und die schnellstmögliche Abkehr von fossilen Energieträgern vorsieht. Während des schrittweisen</p>

		<p>allenfalls noch für eine Übergangszeit und unter hohen Auflagen beim Schadstoffausstoß benötigt werden, um eine Versorgungslücke zu vermeiden. Langfristig müssen wir noch viel intensiver Energie einsparen und regenerative Energie ausbauen.</p> <p>Der Verzicht auf ein Kohlekraftwerk bei uns oder anderswo darf aber nicht zur Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken oder gar deren Neubau führen. Diese teure, ebenfalls unsichere und vor allem gefährliche Energieform bedroht letztendlich die Schöpfung und bürdet allen nachkommenden Generationen unverantwortlich hohe Lasten auf.</p>		<p>Überganges auf eine 100%ige regenerative Energieversorgung ist die Kohle unter allen fossilen Energieträgern die am schlechtesten geeignete Form zur Deckung des Restbedarfs, da Kohlekraftwerke für eine bedarfsorientierte Steuerung zu unflexibel sind und zudem das höchste CO2-Aufkommen verursachen. In der Übergangsphase sind soweit nötig Gaskraftwerke zu bevorzugen.</p>
<p><b>Bei den Kraftwerken Mainz-Wiesbaden (KMW) handelt es sich um ein kommunales Unternehmen.</b></p> <p><b>Wie groß sollte ihrer Meinung nach der Einfluss der Wähler auf die</b></p>	<p>Ein kommunales Unternehmen hat seine Geschäftspolitik unmittelbar an den Interessen der Kommune auszurichten. Dabei sollte der Mehrheitswillen in den kommunalen Parlamenten direkt berücksichtigt werden. Die Mainzer CDU hat jetzt die Prüfung einer Umwandlung der Stadtwerke Mainz AG in eine GmbH angeregt, um auf</p>	<p>Dass die KMW AG ein kommunales Unternehmen ist, ist ihre Stärke. Ich möchte die Energieversorgung unserer Region nicht in den Händen der Konzerne sehen. Denn dann ginge es nur um Rendite und nicht mehr um Energiesicherheit und Nutzung der Erträge im Sinne des Gemeinwohls. Der Einfluss der Wählerinnen und Wähler ist</p>	<p>Das Wahlergebnis der Kommunalwahl vom Juni ist ein klarer Auftrag, den Bau des Kohlekraftwerks zu stoppen. Dem dürfen sich auch die Stadtwerke und die KMW nicht entziehen. Dass sie es doch versuchen, ist ein völliges Unding und wirft neben umweltpolitischen Fragen auch die Frage auf, ob hier bewusst wichtige</p>	<p>Kommunale Unternehmen haben nur dann eine Existenzberechtigung, wenn Sie sich nicht verselbständigen können. Die gewählten Vertreter des Volkes müssen in der Lage sein, steuernd einzugreifen, wenn ein kommunales Unternehmen nicht mehr im Sinne der Kommunen</p>

<p><b>Geschäftspolitik des Unternehmens sein?</b></p>	<p>diesem Weg den Willen der Gesellschafter – sprich der beteiligten Kommunen – besser durchsetzen zu können.</p>	<p>bei der jetzigen Verfasstheit der KMW so groß wie sonst nirgendwo.</p> <p>Allerdings sind alle Beteiligten auch an Recht und Gesetz gebunden. Geschäftspolitik nach Stimmungslagen oder aus opportunistischen Erwägungen heraus bringt kein Heil, sondern hat die jetzigen Probleme verursacht. Wer Bürgerinteressen vertreten will, muss langfristig und nachhaltig agieren.</p>	<p>Entscheidungen dem Parlament entzogen werden sollen. Wir haben das erkannt und arbeiten daher nun ein Konzept aus, bei dem die Stadtwerke den Beschlüssen des Stadtrats und dem Wählerwillen folgen müssen.</p>	<p>handelt, die seine Eigentümer sind.</p>
<p><b>Es ist allgemein anerkannt, dass das Ergebnis der Kommunalwahl eine klare Absage an die Kohle-Pläne der KMW gewesen ist. Unabhängig von Ihrer Position, ob der Bau des Kraftwerks richtig oder falsch wäre, finden Sie, dass dem Votum der Wähler zu folgen ist, oder dass die Aktiengesellschaft sich in Ihrer Investitionspolitik nicht am Willen</b></p>	<p>Die Debatte um das Kraftwerksprojekt war ein wesentliches Thema im Wahlkampf. Wie bereits gesagt, halte ich den Bau des Kohlekraftwerks für falsch.</p> <p>Gerade ein kommunales Unternehmen darf ein solches Projekt nicht gegen einen immer stärker werdenden öffentlichen Widerstand erzwingen.</p>	<p>Siehe meine Antworten zu 1.+2.</p> <p>Das Dilemma, in dem sich die Energiepolitik der Stadt Mainz befindet, hebt nicht das Aktiengesetz auf.</p> <p>Trotz des auch daraus entstehenden, finanziellen Schadens, ist spätestens jetzt eine Umkehr unvermeidlich. Diese darf aber nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen. Ein Festhalten an nicht mehr verwirklichtbaren und sich nicht rechnenden Plänen gefährdet aber auch Arbeitsplätze.</p>	<p>Die KMW und die Stadtwerke gehören in letzter Konsequenz den Bürgerinnen und Bürgern. Also muss ihnen in einer solch wichtigen Frage auch das letzte Wort gehören. Immerhin müssten die Menschen in Mainz auch mit den Folgen des Kraftwerks leben. Und wer die Zeche zahlt, wenn sich das Kraftwerk nicht rechnet – und dafür gibt es ernstzunehmende Hinweise, das sieht man am Beispiel der Wohnbau, die die Mainzer Steuerzahlerinnen und -zahler mit 300 Millionen Euro weiterer Schuldenaufnahme retten müssen.</p>	<p>Der Wählerwille hat sich bereits vor der Kommunalwahl in entsprechenden Beschlüssen des Stadtrates Mainz niedergeschlagen.</p> <p>Diese Beschlüsse darf ein kommunales Unternehmen nicht ignorieren.</p>

<p><b>der Bürger orientieren soll / braucht?</b></p>			<p>Das haben die Bürger/innen auch erkannt und sich daher klar gegen die über eine Milliarde Euro teure CO2-Schleuder entschieden. Ein kommunales Unternehmen muss diese Entscheidung respektieren und befolgen!</p>	
<p><b>Es gibt Pläne, den Bau neuer Kohlekraftwerke mit Steuermitteln zu subventionieren. Werden Sie, sollten diese Pläne tatsächlich den Weg in den Bundestag finden, einem entsprechenden Gesetzentwurf zustimmen?</b></p>	<p>Meiner Meinung nach sollte der Staat v.a. Investitionen in erneuerbare Energien fördern.</p> <p>Hilfen zur Erneuerung des bestehenden Kraftwerksparks sind nur dann sinnvoll, wenn alte Anlagen durch neue Kraftwerke mit deutlich höheren Wirkungsgraden (z.B. durch den Einsatz von Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung) ersetzt bzw. etwa durch die Nachrüstung mit neuen Technologien zur Abscheidung und Speicherung von CO2 (CCS) so klimafreundlich wie möglich ausgelegt werden.</p>	<p>Deutschland hat bereits einen hohen Beitrag zur Reduktion von CO2-Emissionen geleistet. Auf diesem Kurs müssen wir bleiben, damit nirgendwo die Umwelt mehr als unbedingt nötig belastet wird. Deshalb darf die Nutzung von Kohlekraft nur übergangsweise und als ultima Ratio zur Vermeidung von Versorgungslücken genutzt werden. Steuerzuschüsse dafür sollten vermieden werden.</p> <p>Der Ausbau von regenerativen Energien, die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung bieten wahre, langfristige Perspektiven einer unabhängigen Energieversorgung.</p>	<p>Auf keinen Fall! Ich werde mich im Gegenteil dafür stark machen, dass die Menge an Emissionsrechten für Kohlekraftwerke und Großindustrieanlagen schnell gesenkt wird. Das wird die Zertifikate erheblich verteuern und dafür sorgen, dass gerade Kohlekraftwerke, die besonders klimaschädlich sind, immer öfter abgeschaltet werden.</p> <p>Unterstützung aus Steuermitteln sollte es nur fürs Energiesparen und für den Umbau unserer Energieversorgung auf klimafreundliche, heimische, erneuerbare und damit zukunftsfähige Energien geben.</p>	<p>Auf gar keinen Fall. Ein solcher Gesetzentwurf wäre allen unseren politischen Vorstellungen diametral entgegengesetzt und würde den für uns alle unvermeidlichen Weg zu einer 100%igen regenerativen Energieversorgung unnötig erschweren. Im Gegenteil: Die zurzeit bestehenden Subventionen für den Betrieb von Kohlekraftwerken müssen beseitigt werden.</p>